

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen (ähnliche Wohnverhältnisse berücksichtigen) unter Erhebung des Postumschlags für Deutschland und Österreich 10,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. einschließlich Postumschlag, per Viertel für Deutschland und Österreich 26,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 84.

Die schlagzeilige Kopierpresse über deren Raum lohnt 4,- M. einschließlich Feuerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Feuerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4518, 4603, 4635, 4648, 4922

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Närrszenen in der sächsischen Kammer

### Kommunistische Demagogie

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Dresden, 6. Januar.

Die heutige Sitzung des sächsischen Landtages benutzten die Kommunisten zu einer „Sensation“. Die K. P. D. hatte für die Zeit der Landtagseröffnung die Erwerbslosen zu einer Demonstration aufgerufen, die auch den Banntreue um das Landtagsgebäude berühren sollte. Die Polizei hatte im Verfolg des Reichsgesetzes und wegen der Zerstörungen, die bei einer Erwerbslosendemonstration in Plauen i. Vogtl. vorgekommen sind, den Raum um das Landtagsgebäude abgesperrt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangte der kommunistische Abgeordnete Sievert, daß ein Antrag seiner Fraktion, sofort eine Beihilfe von 100 Mark für Ledige und von 600 Mark für Verheiratete, sowie eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 100 Prozent, an die Spitze der Tagesordnung gestellt werde. Um die Erwerbslosen für ihre Partei einzulassen, behaupteten die Kommunisten in demagogischer Weise, die U. S. P. D. und die S. P. D. hätten es abgelehnt, ihren Antrag überhaupt zu unterstützen, damit er nicht zur Verhandlung komme. Die Vorsitzenden der beiden Fraktionen erklärten diese Behauptung für unwahr. Sie hätten den Brief mit der Aufforderung, den kommunistischen Antrag zu unterstützen, erst kurz vor der Sitzung erhalten und hätten daher seinen Inhalt den einzelnen Mitgliedern der Fraktionen noch gar nicht bekannt geben können.

Der Redner der U. S. P. D., der über die Absichten der Kommunisten auf anderem Wege Kenntnis erhalten hatte, erklärte, daß die Fraktion für den Tagesordnungsantrag der Kommunisten und auch dafür stimmen werde, daß eine Abordnung der Erwerbslosen gehört werde. Da aber alle übrigen Parteien gegen diese Anträge stimmten, lehnten die Kommunisten im Verhandlungsraum und die kommunistischen Zuhörer auf den Tribünen mit einem derartigen Lärm ein, daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Während dieser Zeit wurde von den einzelnen Parteien mit einer Abordnung der Erwerbslosen verhandelt. Die kommunistischen Abgeordneten erklärten, daß sie nach der Ablehnung ihrer Anträge keine Lust hätten, an den heutigen Verhandlungen des Landtages weiter teilzunehmen. Sie fühlten sich nicht wohl in einem von der Polizei beschützten Hause und mühten deshalb den Verhandlungsraum verlassen. Nur ein einzelner Kommunist, der Abgeordnete Granz, nahm weiter an den Verhandlungen teil. In ihrem Fraktionszimmer schienen sich aber die übrigen Abgeordneten innerhalb des von der Polizei geschützten Landtagsgebäudes wohl zu fühlen, sie lachten dort bis in die Abendstunden hinein.

## Die Flensburger Vorgänge

Im Hauptauschuß der preussischen Landesversammlung fanden gestern Beratungen über die Reorganisation der Polizei statt. Polizeipräsident Runge von Neukölln, ein Rechtssozialist, verlangte bei dieser Gelegenheit vom Minister Auskunft über die Flensburger Vorgänge. Herr Severing antwortete:

Der moralisch Verantwortliche für die traurigen Vorfälle in Flensburg sei der Denunziant, der von der Polizei nicht angeklagt, sondern freiwillig gekommen wäre, vielleicht in der Hoffnung, für seine Mitteilung Geld zu erhalten. Die Angaben dieses ehemaligen Polizeibeamten seien so unwahrscheinlich gewesen, daß die Flensburger Polizei abgelehnt hätte, sie weiter zu verfolgen. Aber der Kommandeur der Sicherheitspolizei, Plüskow, habe ohne Rücksichtnahme mit der Polizeiverwaltung Hausdurchsuchungen vorgenommen, die ohne Ergebnis verlaufen seien. Trotzdem sei einer der angeklagten Hauptführer an der Verschwörung verhaftet und gefesselt worden. Der gefesselte Mann sei bei einem angeblichen Fluchtversuch erschossen worden. Oberpräsident und Regierungspräsident hätten sofort eine Untersuchung eingeleitet und Herrn von Plüskow und die beiden anderen beteiligten Polizeibeamten vom Dienste suspendiert. Die spätere Verteidigung der Kaserne durch die Sicherheitspolizei billigt der Minister ausdrücklich, sowohl was das lange Zögern als auch den endlichen Gebrauch der Waffe anbetrifft.

Minister Severing gibt also zu, daß die moralische Schuld an den blutigen Vorgängen in Flensburg in erster Linie auf den Kommandeur der Sicherheitspolizei, Major v. Plüskow, zurückfällt. Er hat einem hergelassenen Spießgehörigkeitsgeist, einen völlig unschuldigen Verhafteten mit und damit gezeigt, daß er seines Amtes nicht gewachsen ist. Die Erschießung Hoffmanns „auf der Flucht“ wird durch die Darstellung des Ministers Severing noch unglaublicher: Hoffmann ist gefesselt abgeführt worden, er konnte sich also gar nicht zur Wehr setzen und ist mithin ohne jeden Zweifel einem Verbrechen zum Opfer gefallen. Darüber sind auch in der Flensburger Arbeiterschaft die Meinungen nicht geteilt. Die einmütige Protestkundgebung bei der Beerdigung des Opfers zeigte den Abscheu der Arbeiterschaft vor diesem Verbrechen, und es ist nur zu bedauern, daß sich im Anschluß an diese Demonstration ein Teil der Arbeiter zu dem unsinnigen Sturm auf die Kaserne hinreißten ließ und damit der Sicherheits-

polizei den allzu billigen Vorwand für die Schießerei gab.

Der Sturm auf die Kaserne ist ein Rückfall in jene Putschstaktik, die seit zwei Jahren von gewissenlosen Elementen der K. P. D. geübt wird und die die Arbeiterschaft von einer Niederlage in die andere gerissen hat. Wenn die „rote Fahne“ in ihren theoretischen Artikeln von dieser Putschstaktik abrückt, sie aber, wenn sie praktisch in Erscheinung tritt, verteidigt, dann wird sie auch in Zukunft die Verantwortung für alle derartigen Fälle zu tragen haben. Die Empörung der Arbeiter über die Erschießung Hoffmanns, wir betonen das noch einmal, ist der natürliche Ausfluß einer unerhörten Provokation. Wer aber diese Empörung ausnützt zu einer Teilkaktion, deren Ausgang immer das Gesamtinteresse trifft, ist ein unverantwortlicher Schädling, der ausgesperrt werden muß aus den Reihen der Arbeiterklasse.

Minister Severing trägt jetzt die volle Verantwortung dafür, daß Major v. Plüskow und der Schütze, Leutnant Dewald, zur Rechenschaft gezogen werden. Die vorläufige Auserdiansetzung der beiden Täter genügt nicht. Sie müssen sofort in Haft genommen werden, damit sie nicht, wie in allen bisherigen Fällen, Gelegenheit haben, die Spuren des Verbrechens zu verwischen, damit nicht wieder statt einer Untersuchung eine Justizkomödie mit gut verteilten und vortrefflich einstudierten Rollen aufgeführt werden kann.

### Eine amtliche Erklärung

Amtlich wird mitgeteilt: Ein Teil der Presse zeigt das Bestreben, den Fall Hoffmann als einen Mord aus politischen Beweggründen hinzustellen. Man spricht von einer Stutart der Sippe, einer Mordtat der Reaktion. Man spricht von den beteiligten Beamten als Mörder und dergleichen mehr. Demgegenüber ist es angezeigt, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß das Ergebnis der sofort eingeleiteten Untersuchung bisher keine Anhaltspunkte (?) dafür erbracht hat, daß es sich um einen Mord handelt. Die bisher nicht widerlegten Angaben der Beamten gehen dahin, daß sie den Verhafteten nachdrücklich verwarneten, daß sie bei einem Fluchtversuch Gebrauch von ihrer Schusswaffe machen würden. Trotzdem hat der Verhaftete sich unter Anwendung von Gewalt losgerissen und ist auf der Flucht erschossen worden.

Diese Darstellung steht im vollen Widerspruch zu den Darlegungen, die Minister Severing gestern im Hauptauschuß der Preussischen Landesversammlung gegeben hat. Es klingt aus ihr sehr deutlich jene Melodie hervor, mit der bisher jede Mordtat, von der Soldateska verübt, beschönigt wurde.

### Wierzehn Todesopfer

Die Zahl der Toten bei den Unruhen anlässlich der Beerdigung des Kommunistenführers Hoffmann hat sich auf 14 erhöht.

## Die Eisenbahnerbewegung

Der Verkehrsminister hat den aus den Verhandlungen des Staatssekretärs Stieler mit den Gewerkschaften des Eisenbahnpersonals am 5. Januar hervorgegangenen Einigungs-vorschlag über die Erhöhung der Feuerungszulage zu den Beamtengehältern und Arbeiterlöhnen gebilligt und der Reichsregierung zur Annahme empfohlen.

## Braunschweigische Regierungskrise

Braunschweig, 6. Januar.

Der Landtag hat den Antrag der Rechtsparteien auf Einsetzung eines Kontrollausschusses für die Anstellung von Schutzpolizisten, in welchem die Regierung ein Mißtrauensvotum erließ und weswegen sie die Vertrauensfrage entworfen hatte, mit 31 gegen 27 Stimmen abgelehnt. In der Gesamtstimmung wurde dann die Regierungsvorlage wegen Vermehrung der Schutzpolizei mit 30 gegen 28 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

## Ein großer Schieberprozeß

III. Hamburg, 6. Januar.

Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts begann heute ein großer Schieber- und Betrügerprozeß, der gewissermaßen ein Anhängel zu der Affäre der Gebr. Ellarz in Berlin darstellt. Fünf Angeklagte werden beschuldigt, das Vermögen der Einkaufszentrale in Berlin, das Ernährungsamt in Crimmitschau und verschiedene Privatpersonen in einen Gesamtbetrag von über 800 000 M. geschädigt zu haben. Der Versuch, die Stadt Dresden um 8 300 000 M. zu schädigen, ist nicht gelang. Die Ellarz-Angelegenheit spielt insofern in diesen Prozeß hinein, als Ellarz den Angeklagten Pop mit dem Einkauf von Lebensmitteln beauftragt und dafür Blanko-Zusweise ausstellte. Tausende von Dosen Pferdefleisch wurden eingehandelt und als Rindfleisch mit großem Gewinn an die Truppen, an Stadtgemeinden und Privatleute weiterverkauft. Für die Verhandlungen sind 3 Tage in Aussicht genommen.

## Ein Volksentscheid in Bremen

Von A. Henke, Bremen

Kürzlich entschied in München die Bevölkerung, daß die sozialistische Stadtverwaltung im Amte bleiben solle. Das war wohl in Deutschland der erste Volksentscheid von dieser Art. Erfreulich an ihm war, daß er gegen den Wunsch und Willen der Reaktion ausfiel. Am 9. Januar soll im Stadtsaat Bremen ein Volksentscheid über Sein oder Nichtsein des gegenwärtigen, rein bürgerlichen Senats entscheiden. Fällt der Entscheid gegen diesen aus, so wird ein neuer Senat aus den Vertretern der sozialistischen Parteien zu bilden sein. Nach der Darstellung der bürgerlichen Parteien wäre das gleichbedeutend mit dem wirtschaftlichen Ruin Bremens. Um diese Darstellung glaubhaft zu machen, wird kein Mittel der Demagogie unbenutzt gelassen. Und welche Mittel stehen dem Redner, Handels-, Industrie- und Finanzkapital da nicht zur Verfügung! Vor allem das Mittel aller Mittel: Geld!

Die Ereignisse vom Januar und Februar 1919 besonders werden als Abschreckungsmittel benutzt. Es kann ruhig gegeben werden, daß damals auf Seiten der Revolutionäre manche Dummheit gemacht worden ist; wann wären in Revolutionszeiten nicht Dummheiten gemacht worden? Nichts leichter, sich darüber nachträglich zu mokieren. Selbst ein dem Sozialismus so verständiglos, ja feindselig gegenüberstehender Politiker wie der Bremer „Demokrat“ Dr. Wilhelm Böhmert muß aber in der „Böhmischen Zeitung“ zugestehen, daß die Revolution in Bremen „verhältnismäßig glimpflich verlaufen“ ist. Obendrein, obwohl ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft schwer bewaffnet gewesen sei. „Allerdings wurden die staatlichen Lager in den Häfen ziemlich radikal ausgeplündert“, schreibt Böhmert im Widerspruch mit der Wahrheit. „Aber sonst gelah, abgesehen von unbedeutenden Requisitionen, niemandem ein Leid. Und auch mit den Staatsgeldern (!) wurde kein nennenswerter Mißbrauch getrieben.“ Man fragt erstaunt: weshalb dann die demagogische Hege gegen eine künftige sozialistische Regierung, unter der sich selbstverständlich nicht wiederholen würde und könnte, was früher vorgekommen sein mag, diemal gerade die Arbeiter schärfste Kritik an ihren eigenen revolutionären Handlungen zu üben pflegen und mithin inzwischen wie ihre Gegner manches hinzulernt haben?

Der Hauptgrund für diese Hege ist der tödliche Haß der früher politisch einflussreichsten Elemente Bremens gegen den Sozialismus und die Demokratie. Knirschend vor Mut haben sich diese Elemente, wozu in erster Linie die „ehrbareren“ Kaufleute gehören, nach der Revolution auf den samosen Boden der Tatsachen gestellt. Sie gehörten aber mit zu den ersten, die diesen Boden zu unterminieren und alles aufzuheben suchten, vom Alten zu retten, was zu retten war. Was bis zum November 1918 in der Republik Bremen mittels eines A-Klassenwahlrechtes regierte, gehörte zu den konservativsten Klassen, die es in Deutschland gab und gibt. Prolog haben diese Menschen aus ihren Geldsäcken und widerstehen sich hohnlächelnd all den Ansprüchen der stetig anwachsenden und politisch wie gewerkschaftlich hochentwickelten Arbeiterschaft. Freilich, mit dem immensen Anwachsen dieser Arbeiterschaft wuchs die Aussicht auf den Zusammenbruch der bisher behaupteten Herrschaft. Die ehemalige Handelsstadt Bremen mit ihrer verhältnismäßig wenig zahlreichen Bevölkerung, der die „tagelöhnerbürger“ (über die sich noch Friedrich Engels so herhaft lustig machte, als er einen Teil seiner Lehrjahre in Bremen verbrachte) ein erb-kommisches Gepräge gaben, wurde in der Sturm- und Drangperiode des deutschen Kapitalismus in schnellerm Tempo zu einer Großstadt mit überwiegend industrieller Bevölkerung. Da der Liberalismus in Bremen dominierte, die Arbeiterschaft also aus nächster Nähe dessen Engstirnigkeit gegenüber aller Sozialpolitik und seine Feindschaft gegen den Sozialismus spürbar kennen lernte, war es eigentlich selbstverständlich, daß die bremischen Arbeiter bis zum Kriege immer zum radikalen Flügel der Sozialdemokratie gehörten. Die Unmöglichkeit eines Zusammengehens mit dem Bürgertum mußte hier am sichtbarsten werden. Um so unabweisbarer wurde der bremischen Bourgeoisie, daß der Anfang einer proletarischen Herrschaft der Anfang vom Ende der kapitalistischen Herrschaft sein werde. Daraus erklärt es sich, daß die Reaktion wie in Bayern und Mecklenburg, so in Bremen gegenwärtig am freudigsten ihr Haupt erhebt und am nachdrücklichsten der „sozialistischen Gefahr“ sich zu erwehren sucht. Wie schon in der bremischen Nationalversammlung gewissen Forderungen der Entente gegenüber die schärfsten Töne angeschlagen wurden, so wird jetzt in Bremen der jäheste Widerstand gegen die Auflösung der Stadtwehr ausgeübt.

Diese Stadtwehr ist mit Hilfe der Mehrheitssozialisten geschaffen worden, nachdem mittels derselben Hilfe die „Käterregierung“ durch Kosaktruppen beseitigt war. Solange die Mehrheitssozialisten überwiegend die bremische Regierung bildeten — was nach ihrer Diffatur vom Februar 1919

der Fall war —, konnte die Auflösung der Stadtwehr natürlich nicht erreicht werden. Die Wahl zur Bürgerschaft brachte ihnen aber gewaltige Verluste und deshalb mancherlei Bestimmung. Mit ihren und unseren Stimmen und denen der Kommunisten wurde schließlich die Auflösung der Stadtwehr von der Bürgerschaft beschlossen. Der bereits erwähnte Dr. Böhmert gibt übrigens zu, daß die Stadtwehr inzwischen fast „verbürgerlicht“ ist, was allein genügend erklärt, weshalb die Bürgerlichen von ihr nicht lassen wollen.

Der Senat lehnte es ab, sich binnen acht Tagen zu dem Beschluß der Bürgerschaft zu äußern, wie diese forderte; das veranlaßte unsere Genossen, ein *Mittrauensvotum* zu beantragen. Um der sicheren Annahme dieses Votums und den daraus entstehenden Folgen vorzubeugen, trat der Senat von seinem Amt zurück und erzwang so — gegen den Geist der Verfassung zwar — den Volksscheid, wobei er zweifellos mit sämtlichen bürgerlichen Parteien im Einverständnis handelte. Sie Senat und bürgerliche Parteien; die sozialistische Parteien mit Einschluß der Kommunisten; so stehen sich die Lager gegenüber.

Seine Rede sei „Ja“ oder „Nein“, heißt es am Sonntag für alle Wahlberechtigten in Bremen. Ergibt der Volksscheid ein Mehr an Nein, so bleibt der Senat, es muß aber Neuwahl der Bürgerschaft eintreten; eine Mehrheit an Ja zwingt die sozialistischen Parteien zur Regierungsbildung, während die Bürgerschaft bleibt wie sie ist. Die Mehrheit würde sich aus 37 Unabhängigen, 22 Mehrheitssozialisten und 5 Kommunisten zusammensetzen; 120 Mitglieder zählt die Bürgerschaft. Die Situation ist also keineswegs erfreulich für uns; die sozialistische Regierung verspricht nicht von langer Dauer zu sein. Während aber nach der Bürgerschaftswahl die Regierungsbildung von unseren Genossen abgelehnt wurde, befinden wir uns nun in einer Zwangslage.

Bremen wird seinen Kredit verlieren, wenn es eine sozialistische Regierung erhält. Wegen der dann wieder eintretenden Unsicherheit für Leben und Eigentum wird Bremen als Hafen und Lagerplatz gemieden werden. Das und ähnliches mehr behaupten die bürgerlichen Parteien. Wer unter diesen Umständen am 9. Januar seine Pflicht zur Erhaltung des gegenwärtigen Geschäftsenats nicht erfüllt, sondern lieber dem Winterport nachgeht, verdient nicht nur, daß ihm die Stütze um die Ohren geschlagen, er muß am nächsten Paternenzahl aufgelnüpft werden, schreibt fürzlich die „Weser-Ztg.“. Wieder mit Sozialisierung und Kommunalisierung! Schreibt ein anderes Blatt, das im bremischen Kleinbürgertum stark verbreitet ist.

Daß in Bremen noch nicht einmal die Straßenbahn komunalisiert ist; daß unter dem bisherigen Regime der Fehlbetrag im Budget auf 158 Millionen Mark anschwoll, so daß ohne die Hilfe des Reiches Bremen bereits dank den Folgen des Krieges bankrott ist; daß endlich „Freunde Bremens“ ihre Waren — Tabak z. B. — lieber dem Schutze des Entente als dem einer sozialistischen Regierung anvertrauen, wird zwar verschwiegen, vervollständigt aber nur wahrheitsgemäß die Illustration dessen, was gegenwärtig in Bremen ist.

Es ist also eine bedeutungsvolle Machtprobe, um die es am nächsten Sonntag in Bremen geht, wobei sich zeigen soll, daß der Boden der Demokratie für diese Probe tragfähig genug ist.

Geht es nach denen, die gegenwärtig in Bremen am lautesten gegen den Sozialismus rufen, dann wird ein für die Bourgeoisie ungünstiger Volksscheid sofort durch einen Streich der Reaktion fortgesetzt. Im anderen Falle würden alle Mächte des Kapitals — nicht zum wenigsten auf dem Wege über die Reichsregierung — mobil gemacht werden, um der Welt zu beweisen, daß eine sozialistische Regierung in Bremen eine Unmöglichkeit ist. Gleichwohl wird die bremische Arbeiterschaft sich am Sonntag einmütig und geschlossen darum zu bemühen haben, daß der Volksscheid in ihrem Interesse ausfällt!

## Scheidemann als Komplize Bethmann Hollwegs

### Mißglückte Verteidigung und Beschuldigung

Philipp Scheidemann veröffentlicht, zugleich als Reklame für ein demnächst von ihm herausgegebenes Buch, einige Erinnerungen an Bethmann Hollweg. Wenn man bisher noch annehmen konnte, daß Scheidemann und seine Gesinnungsgenossen im guten Glauben die Kriegspolitik der deutschen Regierung unterstützten hätten, so werden wir jetzt endgültig eines anderen belehrt. Mit naiver Offenheit bekennet Scheidemann, daß ihm die Eroberungsabsichten der Wilhelminischen Regierung bekannt waren, und daß er trotzdem alles getan hat, um diese Regierung zu stützen. Aber nicht genug damit; Scheidemann wagt es, an das Andenken eines Mannes zu rühren, dessen Name, wenn über politische Gräueltaten und Einsicht gesprochen wird, mit dem feinsten nicht zugleich genannt werden dürfte. Wir hören von Scheidemann über Bethmann Hollwegs Kriegsziele folgendes:

Am 8. März 1915 hatte der Reichskanzler vor den Vertrauensmännern der Fraktionen über seine Kriegsziele gesprochen und gesagt:

„Wir wollen Sicherheit, größere Bewegungsfreiheit und Entlastungsmöglichkeit für ein härteres und größeres Deutschland. Wir ließen sich über den Rücken, und als er die Wendung von dem größeren Deutschland zum zweiten Male gebrauchte, da schauten wir vier aus an: Koltenbuhr, Robert Schmidt und ich sehr verstimmt, Haase offenbar sehr angenehm berührt. Er hatte nun, was er gebrauchte, das Stichwort für den „Eroberungskrieg“, für den wir unmöglich noch Rechte würden bewilligen können... Auf dem Heimweg begann ich Haase gegenüber zu erörtern, daß Bethmann Hollweg nach allen seinen sonstigen Darlegungen unmöglich ein durch Gebietszuwachs größeres Deutschland gemeint haben könnte; das erweise mir ganz ausgeschlossen... Diese Konferenz hatte immer noch unter der Rücksicht auf die relativ große Zahl der Teilnehmer gelitten. Der Reichskanzler hatte aber, wie vor allen solchen entscheidenden Reden, den Wunsch, sich ganz vertraulich mit der Sozialdemokratischen Partei vorher auszusprechen. Das beweist mein Tagebuch-Eintrag vom 8. März.“

Früh um 8 Uhr kommt ein Bote aus der Reichskanzlei und bittet mich um 10 Uhr zum Reichskanzler. Ich ahnte: Er will uns noch einmal zusehen, damit von einer Rede im Plenum Abstand genommen wird. Ich bin kurz entschlossen, Haase die Waffe aus der Hand zu schlagen, die ihm Bethmann Hollweg am gestrigen Abend durch eine mißverständliche Wendung gegeben. Ich rufe Wahnschaffe an, daß der Reichskanzler in der bevorstehenden Unterredung auf sein Kriegsziel zurückkommen müsse, aber so, daß daraus unter gar keinen Umständen Eroberungsabsichten herausgehört werden könnten, wie das gestern abend der Fall gewesen wäre. Abfichten, von denen ich überzeugt sei, daß sie Bethmann Hollweg ja auch gar nicht habe.

Wahnschaffe verstand mich sofort, nachdem ich ihm auf unsere Grundzüge aufmerksam gemacht hatte... Im tiefsten Vertrauen — sonst habe niemand Kenntnis davon —: Zarie Keime spritzten

in Russland, Keime, aus denen ein Friede entstehen könnte. Wir würden sie zerstreuen, wenn wir vom Frieden sprächen. Das werde man denken als Schwäche, und dadurch wache in Russland das Kräftegefühl noch einmal um. Die Ziele, die die Aussenpolitik verlangten, seien Unsinn.“ Ich denke nicht daran, sie zu verwirklichen. Belgien annektrieren! Ein Land mit einer uns vollkommen fremden, auch sprachfremden Bevölkerung. Ich stelle mir vor, daß mit engerer Wirtschaftsbeziehungen mit Belgien kriegen können, vielleicht auch Abmachungen militärischer Art. Und wenn es mir gelänge, die Grenze in den Bogen ein wenig zu rekurvieren, die jetzt unterhalb des Kommes verläuft, dann wäre das schon von großer Bedeutung, ebenso, wenn man die Schließung Belforts durchsehen könnte. An diesen Grenzen haben wir furchtbare Opfer bringen müssen.“

Haase und ich — Haase vor mir — stellten mit Genugtuung fest, daß diese Darlegungen uns befriedigten, mindestens hätten sie mancherlei Befriedigungen zerstreut... Bethmann Hollweg wies dann auf unsere Genossen in England hin: „Wenn Sie mit denen Fühlung nehmen könnten, sei das gewiß wertvoller, als wenn wir im Reichstage über den Frieden reden. Aber Ihre internationalen Freunde scheinen wenig friedlich gesinnt zu sein.“... Daß Bethmann Hollweg auf Haase großen Eindruck gemacht hatte, war unverkennbar.

Stellen wir uns diesen Ausführungen fest: Scheidemann und seine Freunde, Koltenbuhr und Robert Schmidt, haben spätestens am 8. März 1915 erfahren, daß Bethmann Hollwegs Kriegsziele auf Eroberungen gingen. „Eifrig laßt“ ist es ihm nach seinem eigenen Geständnis dabei über den Rücken gelaufen. Trotzdem also mindestens von diesem Tage an kein Zweifel über den Charakter des Krieges bestand, hat die Mehrheit der Fraktion bis zum Zusammenbruch der Eroberungsregierung treue Gefolgschaft geleistet. Aus den Mitteilungen geht hervor, daß Scheidemann nicht nur die deutsche Arbeiterklasse bewußt in die Irre geführt, sondern daß er im engsten Bunde mit der Kriegsregierung stand, der er sogar noch die Stichworte lieferte, mit denen das deutsche Volk belogen und betrogen werden sollte.

Scheidemann verliert aber geradezu Grabschändung, wenn er Hugo Haase, der nicht mehr antworten kann, in sein Lügengetriebe hineinziehen versucht. Er behauptet, Haase habe vor ihm „mit Genugtuung“ festgestellt, daß die neuen Darlegungen des Reichskanzlers „uns“ befriedigt hätten. Das ist eine blanke Lüge. Am 9. März, das war der Tag dieser Unterhaltung, wurde in der Reichstagsfraktion die Eratsrede erörtert, die Haase halten sollte. Haase hatte, trotz des von Bethmann geäußerten Wunsches, nicht über den Frieden zu sprechen, die Einfügung eines Friedenspassus verlangte. Die Leute um Scheidemann, die sich mit Bethmann Hollweg auf Geheiß und Verberb verbunden hatten, erklärten jede Rundgebung des Friedenswillens für verderblich; zweimal schon habe die Fraktion vom Frieden gesprochen, ohne im feindlichen Auslande ein Echo gefunden zu haben. Mit 57 Stimmen wurde schließlich der Forderung von Haase zugestimmt und Haase hat schließlich auch in der Sitzung vom 10. März im Reichstag seine Ausführungen über den Frieden gemacht.

Das ist die geschichtliche Wahrheit. Wenn Herr Scheidemann das Bedürfnis fühlt, sich seines Kriegslügenspiels auch jetzt noch zu rühmen, so soll er sich in geziemender Entfernung von dem Grabe Hugo Haases halten!

## Die Entwaffnungsfrage

### Tagesordnung der Allierten-Konferenz

Die Konferenz der Allierten, die am 19. Januar zusammentritt, um zu der Entwaffnungsfrage Stellung zu nehmen, wird folgende Tagesordnung beraten:

1. Zerstückung und Verminderung der Rüstungen Deutschlands.
2. Frage der Reichswehr.
3. Frage der Sicherheits- und Disziplin.
4. Frage der Einwohnerwehren, Orgesch und anderer Freiwilligen-Organisationen.
5. Beschränkung der Armierung der deutschen Fraktionen.
6. Anlieferung der Geheimnisse bezgl. der Erzeugung von Explosivstoffen und giftigen Gasen.

Der Londoner Korrespondent des „Morning Post“ erklärt dazu, England sei überzeugt, daß sich die Verminderung der deutschen Rüstungen im allgemeinen befriedigend vollziehe, doch gäbe es noch immer verborgene Waffen. So sei vor allem eines der deutschen weittragenden Geschütze noch nicht abgeliefert worden und auch keine von den Kanonen, die bei Kriegsende konstruiert worden seien, läme zum Vorschein. Bezüglich der Sicherheitspolizei ersäule Deutschland seine Verpflichtungen nicht. Wohl habe Deutschland das Recht, zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern seine Polizei einzurichten, doch habe Deutschland eine wahre Armee organisiert, die Maschinengewehre, Kanonen und sogar Flugzeuge besitze. England fehle es zwar augenblicklich noch an genaueren Mitteilungen. Sobald aber nachgewiesen werden könne, daß die Sicherheitspolizei tatsächlich eine Armee bilde, werde England ebenso energisch wie Frankreich für die Auflösung dieser Polizei eintreten. Der Widerspruch zwischen England und Frankreich besteht nur in der Frage der Orgesch. England glaube, daß Europa im nächsten Frühjahr durch den Bolschewismus bedroht sein werde. Deutschland müsse daher die Möglichkeit haben, dem bolschewistischen Ansturm nach dem Westen abzuwehren. Aus diesem Grunde sei es unmöglich, die Orgesch sofort aufzulösen. Man könnte eine Frist von neun Monaten festsetzen. Innerhalb dieser Zeit sollen von drei zu drei Monaten Orgesch und Einwohnerwehren aufgelöst werden.

Die englische Regierung scheint sich nach dieser Darstellung vollkommen den Standpunkt der deutschen Reaktion zu eigen gemacht zu haben. Der wahre Charakter der Orgesch richtet sich nicht gegen die „bolschewistische Gefahr“. Das ist nur ein Vorwand, bestimmt, den wahren Zweck, die Befestigung der militärischen Reaktion, zu verhehlen.

## Um die Einwohnerwehren

Die bayrischen Orgeschleute entsalten gegenwärtig eine lebhafteste Tätigkeit, um auch diejenigen Länder, die bisher noch keine offiziellen Einwohnerwehren haben, dafür zu gewinnen. Sehr stark ist das Liebeswerben um die Guntz Badens. In diesem Musterlande hat sich die Orgesch bisher noch nicht durchzusetzen vermocht, und als neulich der Kappist Walter den Versuch dazu unternahm, schickte ihm die Regierung einen Siechbrief nach. Nunmehr soll die bairische Zentrumspartei in den Bau gelockt werden. Die bayrischen Orgeschorgane reden den Zentrums-männern ein, die bairische Regierung trage dem „rein sozialistischen Standpunkt“ zu stark Rechnung, sie müsse sich mit Bayern in eine Front stellen, um dem Ausland zu zeigen, daß die Haltung Bayerns in der Frage der Einwohnerwehren keine bayrische Lokalfrage sei, sondern einmütig von allen Regierungen der deutschen Einzelleider geteilt werde.

Der „Bairische Staatsanzeiger“ hat sich leztlich dahin geäußert, daß Bayern nachgeben müsse, wenn es nicht ganz Deutschland in

eine Katastrophe stürzen wolle. Ob Baden diese Stellung beibehält oder sich doch noch von Bayern einfangen läßt, wird im wesentlichen von der Haltung der Rechtssozialisten abhängen.

## Das Kohlenabkommen

Berlin, 6. Januar.

Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen zwischen der deutschen Delegation und der Reparationskommission über die Regelung der deutschen Kohlenlieferungen nach Ablauf des Spaas-Abkommens ist nach Mitteilung von zuständiger Stelle durchaus unbefriedigend. Die Reparationskommission hat in einer Note vom 27. Dezember 1920 der Deutschen Kriegslastenkommission als von ihr in Aussicht genommene Regelung folgendes mitgeteilt:

1. Mit Rücksicht auf die Transportbeschwerden bestehe die Wahrscheinlichkeit von Rückständen in den deutschen Kohlenlieferungen auf Grund des Spaas-Abkommens. Sie sei damit einverstanden, daß diese Rückstände in den Monaten Februar und März mit je 250 000 Tonnen je Monat ausgeglichen würden, die in diesen Monaten ohne Anrechnung auf die sonstigen Lieferungen vorweg zu liefern seien.

2. Für die Monate Februar und März 1921 solle Deutschland außer diesen Rückständen 2,2 Millionen Tonnen monatlich liefern. Derjenige Teil dieser 2,2 Millionen Tonnen, der von Deutschland trotz aller Bemühungen aus irgendeinem Grunde nicht abtransportiert werden könne, solle zur Verfügung der Reparationskommission gestellt und später nach den Wünschen der Kommission beschleunigt abtransportiert werden. Gelte das, so werde das einer Erfüllung der Lieferungen in den Monaten Februar und März gleichgeachtet werden.

Staatssekretär Bergmann hat darauf auf Anweisung der Deutschen Regierung der Reparationskommission mitgeteilt, daß die Deutsche Regierung nicht in der Lage sei, sich mit dieser Regelung einverstanden zu erklären, vielmehr ihren, der Reparationskommission in eingehenden Verhandlungen dargelegten Standpunkt, daß die deutsche Leistungsfähigkeit nicht einmal an die in Spaas festgesetzten Mengen heranreicht, aufrecht erhalten müsse. Sie werde bis spätestens Mitte Januar eine zusammenfassende Darlegung ihres Standpunktes übermitteln. Die Klagen der deutschen Industrie, namentlich der Metall- und Textilindustrie, der chemischen Fabriken usw., über unzureichende Versorgung dauern trotz der gegenseitigen Förderung und der erfolgreichsten durchgeführten Umstellungsmassnahmen auf Kohlenbraunkohle an. Dabei wird die Aufrechterhaltung dieser erhöhten Förderung durch die andauernd ungünstige Ernährungslage der Bergarbeiter ernstlich gefährdet.

Die Deutsche Regierung wird alles versuchen, um auf Grund eingehender, sachlicher Darlegungen die Allierten davon zu überzeugen, daß die jetzt von der Reparationskommission aufgestellten Forderungen weit über das Maß des Möglichen und Vernünftigen hinausgehen.

### Die Kohlenförderung

Essen, 6. Januar.

Nach vorläufigen täglichen Anzeigerungen stellte sich die Kohlenförderung im Ruhrgebiet (einschließlich der linksrheinischen Zechen) im Monat Dezember in 24 Arbeitstagen auf 7,99 Millionen Tonnen. — Da sich die vorläufige Schätzung erfahrungsgemäß bei den endgültigen Feststellungen allgemein um etwa 200 000 Tonnen erhöht, so wärde mit einer Förderung von etwa 8,2 Millionen Tonnen oder arbeitsmäßig mit etwa 324 750 Tonnen zu rechnen. — Im Monat November war in 24 Arbeitstagen eine Gesamtförderung von 8 031 711 oder eine arbeitsmäßige Förderung von 331 205 Tonnen zu verzeichnen. — Da die Gesamtförderung des Ruhrgebietes im Jahre 1920 bis Ende November 80 Millionen Tonnen betragen hat, so ist die Gesamtjahresförderung auf etwa 86 Millionen Tonnen zu veranschlagen.

## Die russische Wirtschaft

### Russische Anwerbungen an deutsche Fachleute

Ein Moskauer Funkpruch meldet: Zur Unterstützung der russischen Industrie ist eine intensive Vorbereitung zur Heranziehung von Spezialisten aus Deutschland in die Wege geleitet. Es wird beabsichtigt, aus Deutschland 5000 Spezialisten anzuwerben, davon 4000 für die Metallindustrie und 1000 für das Volkswirtschaftsamt für Gesundheitswesen; ferner sollen Spezialisten für die übrige Industrie und für das Landwirtschaftsministerium herangezogen werden, von denen 100 landwirtschaftliche Organisationsleiter sein sollen. Um für die Zentralbehörde der landwirtschaftlichen Sommerbetriebe vorbildliche Musterkommunen im Moskauer Bezirk zu organisieren, sind 200 Mann angefordert. Aus Amerika werden außer den bereits eingetroffenen Emigranten, von denen die Mehrzahl schon an der Arbeit ist, weitere größere Transporte erwartet, für die eine Unterkunft für 4000 Mann bereitgestellt ist. Aus den vorher eingetroffenen ist eine Gruppe von 150 Bergarbeitern für das Donezbecken zusammengestellt worden. Es ist eine Gruppe von Spezialisten für das Motorwesen im Bergbau gebildet worden, in die Arbeiter der amerikanischen Automobilfabrik Ford Aufnahme gefunden haben.

### Der Nachfolger Trojki als Verkehrsminister

Anstelle Trojki, der bisher infolge der dauernden Abwesenheit Krasins das Verkehrsministerium vertretungsweise verwaltet hatte, ist Gmshanow an der Spitze eines Kollegiums zum Verkehrsminister für das Reichswesen ernannt worden. Gmshanow war früher Vorsitzender des Zentralkomitees für das Transportwesen. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der Petersburger „Pravda“ erklärte der neue Verkehrsminister, daß er die Verkehrspolitik Trojki fortsetzen werde, und zwar in enger Zusammenarbeit mit den Genossenschaften, was aber keineswegs einen Bericht auf die Militarisierung der Arbeit bedeuten dürfe. Aus Angaben, die ein Vertreter der Arbeiter- und Bauerninspektion über die Zustände im Verkehrsministerium der „Krasnaja Gazeta“ gemacht hat, geht hervor, daß sich der Personalbestand des Verkehrsministeriums gegenüber den Jahren 1913—16 verdreifacht habe. Die Arbeitsergebnisse dagegen seien um das Dreifache gesunken. Auf 10 Ausführende kämen 3 Disponierende.

Die Abrüstungsfrage. Nach einer Neuermeldung aus Washington hat der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Senats einen Antrag des Senators Parah beraten, der sich für Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten, Japan und England zum Zweck einer Einschränkung der Rüstungsprogramme ausspricht. Der Ausschuss habe seine Entscheidung aufgeschoben, doch habe sich im Laufe der Diskussion die Ansicht geltend gemacht, Frankreich und Italien zu den Verhandlungen hinzuzuziehen.

Neue Kohlenforderungen der Entente. Nach einer Pariser Meldung hat der Wiedergutmachungsausschuss ein neues Abkommen über die deutschen Kohlenlieferungen ausgearbeitet, das nach Ablauf der Vereinbarung von Spaas am 1. Februar in Kraft treten soll. Die sehr unklare Redung behauptet, daß Kohlenlieferungen von 200 000 Tonnen monatlich vorgesehen seien.

Gegen die Reichsliste für Gemüde und Obst, die sich im Abbau befindet, wird in einem Teil der Presse eine heftige Propaganda entfaltet, deren Wirkungen sich in letzter Linie nur gegen die dort beschäftigten Angestellten wenden. Wenn es dieser angeht, so das Allgemeinwohl so besorgten Presse nicht um Sensationsschacheri zu tun wäre, würde sie wohl kaum zu solchen Angriffen kommen, deren Berechtigung ihr selbst wohl zweifelhaft erscheinen dürfte.

# Agrarische Drückeberger

Uns wird von einem Mitglied der Feststellungscommission des Reiches Quertur geschrieben: Am den Getreidebeschreibungen zu be-  
gegnet, wurde Ende November 1920 von der Regierung angeordnet,  
daß die Feststellungscommissionen sofort ihre Tätigkeit in verstärkter Weise wieder aufnehmen sollten. Mit  
was für Widerwartigkeiten aber diese Kommissionen zur  
Feststellung der vorhandenen Brotgetreidebestände zu rechnen  
haben, soll an nachstehenden illustriert werden:

Der größte und einflussreichste Stadtgutsbesitzer Ed-  
mund Koch in Freiburg a. Nstr., versuchte in ganz  
raffiniertester Weise sich um seine Ablieferungspflicht zu brüden.  
Herr Koch spielte der Kommission gegenüber den Unwissenden, er  
war z. B. am 22. 12. 20 nicht in der Lage, seine Anbaufläche  
genau angeben zu können. Ebenso war es unmöglich, über die  
abgelieferten Getreidemengen Aufschluß zu erhalten. Die  
Ablieferungsbescheinigungen der Kommissionäre wollten er angeblich  
nicht aufgehoben haben. Ja, er wußte noch nicht einmal,  
wieviel Geld er für das abgelieferte Getreide erhalten hatte.

Aber als es galt, die Deputate und Selbstversorgerbezüge fest-  
zustellen, die von dem Ablieferungslohn in Abzug gebracht werden,  
rechnete Koch der Kommission 1/2 Duzend Deputaten  
heraus, was für ihn circa 50 Zentner Getreide  
bedeutete. Als die Kommission Herrn Koch ein Ablieferungs-  
lohn von rund 200 Zentner auferlegen wollte, lachte er gerabezu  
heraus und erklärte, im ganzen überhaupt nicht mehr geerntet  
zu haben als ungefähr 200 Zentner. Auf die Frage, was er denn  
abzuliefern gedenke, nannte der Herr eine Zahl, die auf seine  
Anbaufläche berechnet, 1 Zentner pro Morgen ausmachte.  
„Aber einen Zentner Brotgetreide pro Morgen  
wollte der ehrenwerte Herr Stadtgutsbesitzer  
Koch aus Freiburg a. Nstr. gnädigt der Allge-  
meinheit überlassen.“ Das alles war aber nur das  
Vorpiel.

Als die Kommission nun zur Feststellung und In-Augenschein-  
nahme der noch vorhandenen Erntebestände schreiten wollte, traten  
neue Hindernisse ein, die Scheunen- und Getreideboden  
schlüssel konnten nicht aufgefunden werden, und nur die ganz energischen  
Drohungen, vom Schlosser die Türen öffnen zu lassen, brachten die  
Schlüssel wieder zum Vorschein.

Das Ergebnis in den Scheunen und Böden war ein geradezu  
überausgehendes. Statt der angegebenen 8 Kuber unan-  
gedroschenen Weizen waren mindestens 30 vorhanden,  
genau so lag es beim Roggen. Auf einen von ihm gepachteten  
Getreideboden lagen 75 Zentner vermeintlicher  
Weizen, außer ansehnlichen Mengen anderer Getreidearten.  
Der Weizen wurde sofort beschlagnahmt und unter  
polizeilicher Aufsicht geladet, gewogen und sofort  
abgefahren. Diese Arbeit konnte erst 1/8 Uhr abends bei  
Laternenschein beendet werden. Wer nun glauben sollte, Herr  
Koch wäre hierdurch überführt worden, der irrte sich, denn er  
erklärte schlanke, das Getreide gehört seiner Schwägerin. Auch  
Frau Koch bestätigte dies. Durch sofortige Feststellung  
bei der Frau Schwägerin, stellte sich alles als  
falsch heraus.

Was diese Beschlagnahme für Koch bedeutet, geht daraus hervor,  
daß der Schieberpreis für Weizen 200—240 Mark pro Zentner  
beträgt; denn das Koch den Weizen verschleiben wollte, geht doch  
aus dem ganzen Gebahren hervor. Vereiselt einige Tage vorher  
ist eine Fuhre Getreide mit einem Ochsenspann des Nachts ab-  
gefahren worden. Wäre die Kommission 24 Stunden später  
erschienen, hätte sie das Nachsehen.

Nach den durch die Kommission angestellten Berechnungen muß  
jezt Koch anstatt der zuerst angenommenen 200 Zentner Weizen  
300 Zentner liefern und der weitere Ausdruck darf nur unter  
Kontrolle vorgenommen werden, so daß sicherlich noch mehr her-  
auskommen wird.

# Die Produktionsfabotage

Die Arbeiter und Angestellten der Spandauer Reichswerke  
haben, wie eine Lokalzeitung meldet, eine neue Protest-  
bewegung gegen eine beschlossene Säuerung der Spandauer  
Reichswerke eingeleitet. Im verflorenen Monat fand kurz  
vor Weihnachten eine Besprechung zwischen Vertretern des  
Reichshauptamts, der Direktion der Spandauer Reichs-  
werke und dem Betriebsrat statt, in der man sich über die  
wirtschaftliche Lage der Reichswerke aussprach, die bekanntlich  
wenig günstig ist und in der den Arbeitervertretern die Zusiche-  
rung gegeben wurde, daß eine Schließung der Reichswerke nicht  
beabsichtigt sei, zumal man auch im Frühjahr mit einer Besserung  
der Wirtschaftslage in den Reichswerken rechnete.

Unlängst wurden jedoch von der Direktion der Metallwarenfabrik  
100 Arbeiter gefündigt, da keine Aufträge vorlagen. Der  
Betriebsrat erhob auf Grund der Zusagen, welche im verflorenen  
Monat gemacht worden waren, gegen die Kündigung Protest und  
erzielte auch tatsächlich, daß die Entlassung aufgehoben wurde.  
Seitdem herrscht unter den Arbeitern und Angestellten der Reichs-  
werke, zur Zeit noch etwa 11 000 Personen, beträchtliche Erregung,  
da man annimmt, daß die Schließung des Betriebes sich nicht ver-  
meiden lassen wird. Der Betriebsrat hält der Direktion vor, daß  
sie nicht genügend Initiative zeige und daß die  
Leitung der Werke verwaltungstechnisch, nicht aber kaufmännisch  
durchgeführt werde. Der Betriebsrat beruft sich darauf,  
daß die Direktion auf seine Anfrage der Arbeitervertreter versichert  
habe, die Werke hätten Aufträge für 270 Millionen Mark, wäh-  
rend tatsächlich erheblich weniger Bestellungen vorgelegen hätten.  
Weiter behauptet der Betriebsrat, daß zahlreiche Aufträge zu-  
rückgegeben würden, da die Verwaltung die vereinbarten Liefer-  
fristen nicht einhalten könne.

Der Betriebsrat verlangt nun, daß einige seiner Mitglieder  
Einkaufs- und Stimmrechte in der Direktion erhalten, um Einfluß auf den  
Geschäftsgang zu gewinnen.

# Der Polizeietat

Im Hauptauschuß der preussischen Landesversammlung wurde  
in der Nachmittagsitzung die Aussprache über den Polizeietat  
etwa zu Ende geführt. Sie ergab die Uebereinstimmung, daß die  
Polizei jede militärische Organisation und jeden militärischen  
Schritt unbedingt vermeiden soll. Minister Severing betonte,  
daß die Polizei in der Lage sein müsse, in geschlossenen  
Verbänden zu kämpfen, wie sich das bei den jüngsten Wider-  
ständen gelegentlich der Getreideablieferung als Notwendigkeit  
erwiesen hat. Die Abstimmung wurde ausgeführt, weil noch keine  
Einmütigkeit darüber bestand, wieweit die Landesversammlung  
die Organisation der Verwaltung festlegt und wieweit sie den  
Minister nur ermächtigen soll, sie provisorisch zu ordnen, um dem  
nächsten Landtage die endgültige Entscheidung vorzubehalten.

Die Aussprache wandte sich dann der Forderung des Nachtrags-  
etats von 50 000 Mark für die Universität Frankfurt zu.  
Staatssekretär Beder erklärte, daß ohne Hilfe des Staates die  
Universität Frankfurt geschlossen werden würde. Trotzdem stellten  
sich die Redner der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei  
und des Zentrums auf den Standpunkt, daß man es darauf an-  
kommen lassen müsse, es lägen in der Südwestecke des Reiches  
genug Universitäten und die Stadt Frankfurt müsse selbst nach dem  
Rechten sehen. Gabe der Staat erst einmal Geld, werde er die  
Unterstützung dauernd gewähren müssen. Sozialdemokraten und  
Demokraten betonten demgegenüber die unbedingte Notwendigkeit  
der Aufrechterhaltung des geistigen Lebens im allgemeinen und  
der Universität Frankfurt im besonderen. Der Antrag wurde an-  
genommen.

# Neue Särmszenerien im Stadtparlament

## Sitzungsbericht

Bei Eröffnung der ersten Sitzung im neuen Jahre sprach der  
Vorsteher, Dr. Wenl, die Erwartung aus, daß die Versammlung  
im neuen Jahre tatkräftig an der Förderung des geistigen und  
leiblichen Wohls der Groß-Berliner Bevölkerung mitarbeiten  
werde.

Bei der  
Wahl des Stadtverordnetenvorstehers,  
wofür Genosse Dr. Wenl wieder vorgeschlagen wurde, wurde von  
den Demokraten gegen die Wahl durch Jurauf Einspruch er-  
hoben. Bei der nunmehr vorgenommenen Zettelwahl entfielen  
auf Genossen Dr. Wenl 101 Stimmen, 58 Zettel waren unbe-  
schrieben, 10 Stimmen waren zerstückelt.

Zu Vorsteher-Stellvertretern wurden durch Jurauf wieder-  
gewählt: Schwarz (D. Sp.), Bruns (S. P. D.), Fabian  
(Dnall. Sp.).

Als Beisitzer wurden wiedergewählt: Genossin Demming, Frau  
Schmih (S. P. D.), Frau Fromm (D. Sp.). Gegen die Wahl  
des bisherigen vierten Beisitzers, Meuten (Demokrat), wurde  
durch Jurauf von einem Vertreter der Unabhängigen Fraktion  
Einspruch erhoben und Genosse Gottfried Schulz vorgeschlagen.  
Die Zettelwahl ergab die Wahl von Schulz.

Nach der Wahl der vier Beisitzerstellvertreter und der Wahl  
der Ausschüsse und Deputationen wurde beschlossen, daß sich Mit-  
glieder von Kuratoren, Deputationen und Ausschüssen im Be-  
hinderungsfalle vertreten lassen können.

Vor der Abstimmung über den Antrag Gabel und Ge-  
nossen (S. P. D.) betit.

Mahregelungen anlässlich des Elektrizitätsarbeiterstreiks,  
beantragten die Kommunisten, daß eine Deputation der Elek-  
trizitätsarbeiter zu den Verhandlungen der Stadtverordneten  
zugelassen und einem Vertreter der Elektrizitätsarbeiter das Wort  
erteilt werde. Der Antrag wurde aber nicht zur Abstimmung  
gebracht, da er gegen die Geschäftsordnung der Stadtverordneten-  
versammlung und die Städteordnung verstößt.

Bei begründete in seinem Schlusswort den kommunistischen An-  
trag, durch den der Magistrat beauftragt werden soll, den Be-  
schluss der Stadtverordneten, daß Mahregelungen anlässlich des  
Elektrizitätsarbeiterstreiks zu unterbleiben haben, restlos durch-  
zuführen. In Konsequenz dessen soll der Magistrat die Werks-  
direktoren anweisen, beim Schlichtungsausschuß anhängig ge-  
machte Verfahren zurückzugeben. Der Redner wandte sich scharf  
gegen die Werksdirektionen. Wer gegen den kommunistischen  
Antrag stimme, stimme für die Reaktion. Außerdem seien neue  
Konflikte mit den Elektrizitätsarbeitern zu er-  
warten! (Beifall auf der Tribüne und Jurauf: „Jawohl, sicher!“)

Stadtrat Weile erklärt namens des Magistrats: Die Arbeit-  
nehmerorganisationen haben, gestützt auf § 2 Absatz 1 des Tarif-  
vertrages, Einspruch gegen das anhängig gemachte Schlichtungs-  
ausnahmeverfahren gegen die 32 Elektrizitätsarbeiter erhoben. Der  
Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung dem statt gegeben.  
Es sollen sofort Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen  
eingeleitet werden. Bis zum Abschluß dieser Verhandlungen ist  
das Schlichtungsaussnahmeverfahren zu unterbrechen.

Hirsch (S. P. D.) und Dove (Dem.) protestierten dagegen, daß  
Leh noch ein Schlusswort erteilt.

Bei der anschließenden, längeren Geschäftsordnungsdebatte griff  
die nichtbesetzte Tribüne wiederholt mit Zwischenrufen: „Zur  
Sache“, „Anderer“, „Blödsinn“ usw., ein.

In der durch das Eingreifen des Magistrats wieder eröffneten  
Debatte führt Hirsch (S. P. D.) aus, der erste Teil des Antrages  
sei überflüssig. Seine Freunde seien gegen jede Mahregelung in  
gewerkschaftlichem Sinne. Gegen Leute, die Sabotage ge-  
trieben haben, müsse der Magistrat einschreiten. (Jurauf von der  
Tribüne: Schieber, Verbrecher, Verräter usw.)

Vorsteher Dr. Wenl (U. S. P.): Mir wird mitgeteilt, daß die  
Tribüne durch Zwischenrufe die Versammlung stört. (Jurauf  
von der Tribüne: Ja nicht wahr! Heiterkeit.) Wenn nochmals  
Zwischenrufe von der Tribüne gemacht werden, bin ich gezwungen,  
die Tribüne räumen zu lassen.

Hirsch (fortfahrend): Wir erwarten, daß sämtliche Magistrats-  
mitglieder sich in ihren Erwägungen nicht dem einseitigen Partei-  
standpunkte leiten lassen, sondern vom Standpunkte des Allge-  
meinwohls. Wir stimmen gegen beide Teile des kommunistischen  
Antrages.

Dörr (S. P. D.) tritt Hirsch entgegen. (Jurauf auf der  
Tribüne: „Juden hinaus!“) Im November vorigen  
Jahres sind Sie mit einem blauen Auge davon gekommen,  
treiben Sie die Elektrizitätsarbeiter nicht zum Neuherten. Die  
Rechtssozialisten seien also für Mahregelungen.

# Die Totengräber

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt über den Erlaß Eberis, der  
die Pflüge der „alten Traditionen“ in der Armee anordnet:

„Die deutsche Republik gräbt sich selbst ihr Grab, wenn sie in  
dieser Zeit ihrer ersten, noch unsicheren Anfänge die systemati-  
sche Rückkehr des Offizierslebens zu den alten  
Traditionen duldet und durch Sanktionierung mit dem  
Namen ihrer verantwortlichen Führer noch unterstützt. ... Nach-  
dem wir jetzt einmal Vermehrungen haben, gegen die sachlich in  
Wirklichkeit gar nichts einzuwenden ist, erfolgt die Rückkehr zu  
den alten Traditionen eben nicht aus sachlich-technischen, sondern  
aus politischen Gründen. Und es handelt sich eben nicht  
um einen Schritt, sondern um ein dauerndes Rückweichen immer  
auf dem gleichen Wege. Der Reichstag sollte sich einmal sehr  
ernsthaft mit der Frage beschäftigen, wie weit seine Mehrheit diese  
Rückkehr zu den Traditionen der alten Armee billigen und unter-  
stützen will.“

# Ein kommunistischer Ideallist

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:  
Nach der Abdankung des früheren Herzogs, der bekanntlich vor  
kurzem das Land durch unverdächtige Forderungen zur Aber lassen  
wollte, wurde August Merges zum Präsidenten des Freistaates  
Braunschweig gewählt. Ueber seine Amisidität wollen wir  
schweigen. Er trat sehr bald in einen Gegensatz zu den Grund-  
sätzen der U. S. P. die Übertragung der russischen Verhältnisse  
auf Deutschland erschien ihm das einzige erfindenswerte Ziel. So  
schwankte er naturgemäß zum Sozialismus ab und landete  
schließlich bei der kommunistischen Arbeiterpartei. In  
seiner Ehrlichkeit und Ueberzeugungsgläubigkeit die Braun-  
schweiger Arbeiter aber ganz frei. Dieser Glaube ist nun schwer  
erschüttert worden. Merges hat, wie jetzt bekannt wird, durch  
einen Vertrauensmann an den Geheimrat K. K. K. den Ver-  
waltungschef des Hauses Cumberland, einen Brief schreiben lassen,  
in dem er dem früheren Herzog das Original der Abdan-  
kungsurkunde anbot. Er spricht in dem Briefe davon, daß  
er die Urkunde nicht ins Ausland gehen lassen wolle und hoffe,

Hirsch (S. P. D.) stellte fest, daß die Kommunisten keine Ar-  
beiterpolitik treiben, sondern lediglich Parteipolitik. Wer be-  
hauptet, daß die Rechtssozialisten für Mahregelungen eintreten,  
sei, wenn er es außerhalb der Stadtverordnetenversammlung be-  
hauptet, als gemeiner Lügner zu bezeichnen.

Kawroki (S. P. D.): Die Rechtssozialisten haben das Recht  
verwirrt, sich Arbeitervertreter zu nennen.

In der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag der Kom-  
munisten mit 110 gegen 81 Stimmen der U. S. P. und S. P. D.  
abgelehnt. (Jurauf auf der Tribüne.) Zwei weitere Anträge  
der Kommunisten zu dieser Frage wurden mit derselben Mehr-  
heit abgelehnt. (Jurauf auf der Tribüne. Jurauf: Ihr Rechts-  
sozialisten kommt auf die Guillotine. Hirsch, wir hosen Dich heute,  
Du Schuft!)

Vorsteher Wenl:  
Die Tribüne muß geräumt werden.

Nach dieser Erklärung wurde die Sitzung unterbrochen. Neuer  
Jurauf auf der Tribüne brach aus. Die Zuhörer, meistens  
Kommunisten, machten keine Miene, die Tribüne zu räumen,  
sondern riefen: „Hierbleiben, hierbleiben!“ Ein mit dem Sowjet-  
stern geschmückter Besucher rief: „Los, hinunter, wir holen  
uns gleich den Hirsch heraus, was wollen sie uns  
machen?“ Ein anderer schrie in den Saal: „Ihr braucht keine  
Angst zu haben, wir arbeiten jetzt umsonst, ihr könnt dann für  
zwölf Pfennig, ihr Strolche und Halunken!“ „Schlagt den Juden  
tot!“

Der Ältestenausschuß zog sich, da die Zuhörer keine  
Miene machten, die Tribüne zu räumen, zu einer Sitzung zurück.

Nun wurde der Tribüne die Zeit zu lange und einzelne Zu-  
hörer sangen die „Internationale“. Den Restrain sangen  
die andern Zuhörer mit. Als das Lied zu Ende war, setzte ein  
furchtbares Geschimpfe und Gegröle ein. Die Bezeichnung

## „Schweinhunde“

war das gelindeste Schimpfwort, mit dem diese sonderbare Sorte  
von Klassenkämpfern die im Saal verbliebenen Stadtverordneten  
bombardierte. Der Stadtverordnete Leopold (S. P. D.) laut  
trieb sich die Zeit nach Schusterjungenmanier und pfiff sich laut  
einige Gassenhauer vor.

Als sich die Tribüne etwas beruhigt hatte — sämtliche Stadt-  
verordnete bis auf die Kommunisten hatten den Saal verlassen —  
sagte sich auch die neugeborenen kommunisti-  
schen „Stadtväter“ die „Internationale“ vor. Nun  
war der Kontakt zwischen Tribüne und Saal hergestellt.

Dr. Hoffmann sagte den Tribünenbesuchern, daß, wenn erst die  
Kommune da sei, sie dann im Saale sitzen würden.

Kawroki (S. P. D.): Leopold hat am Präsidium schon den  
Ploß für den Sowjetstern angebracht.

Nun machte ein Tribünenbesucher gegen die Pressevertreter  
Jurauf. Wenn diese Lügenheiden nicht mehr wären, ständen die  
Arbeiter anders da. In erster Linie müßte man den

## Pressevertretern die Tafe vollhauen.

Schindler (S. P. D.) riet davon ab, denn die Preßkulis  
würden kein Geld mehr verdienen, wenn sie keine Lügenberichte  
schrieben.

Kawroki erklärte dann die „Fraktionsführung der Kommunisten“  
für geschlossen.

Währenddem sich die Kommunisten und ihre Freunde auf der  
Tribüne im Stadtverordnetensaal amüsierten, hatte der Ältesten-  
auschuß beschlossen, im Bürgerkaale weiter zu tagen.

Bei der Weitertragung der Versammlung im Bürgerkaal erhoben  
die Kommunisten (welche nur durch Dörr und Gabel vertreten  
waren) durch den Stadtv. Dörr Einspruch gegen die Verlegung,  
da der Ältesten-Ausschuß eine Körperschaft ist, die kein Recht hat,  
irgendwelche Beschlüsse zu fassen.

Demgegenüber wies Genosse Melich nach, daß es ja gerade  
Adolph Hoffmann war, der es für notwendig hielt, daß  
nach Vorgängen, wie bei der letzten Sitzung, immer erst der  
Ältesten-Ausschuß zusammenzutreten soll, um über zu treffende Maß-  
nahmen zu beraten, der ja auch versprochen, sich dafür „Kart“  
machen zu wollen, daß auf den Tribünen Ruhe herrsche.

Der Einspruch des Kommunisten Dörr wurde abgelehnt. Die  
Abstimmung über die Angelegenheit der Kommunisten, betreffend die  
Mahregelung der Elektrizitätsarbeiter, wurde  
mit den Stimmen der Rechtssozialisten abgelehnt.

Im Eiligkeitempore wurden einzelne Vorträge an Ausschüsse ge-  
geben, die Steuervorlagen konnten noch nicht beraten werden. Als-  
dann trat man in die geheime Sitzung ein.

Schluß der Versammlung gegen 11 Uhr.

„Er. Hoheit einen nicht vergebenen Dienst“ zu  
leisten. Das Dokument selbst ist noch nicht zur Stelle gebracht  
worden. Die bisher unzweifelhaft festgestellten Tatsachen weisen  
aber ein großes Licht auf den „Idealismus“ des Kommunisten  
Merges.

# Boris Zeitlin-Baturski

Am 5. Dezember starb in Witobsk (Rußland) an Flecktyphus  
einer der angesehensten russischen Sozialdemokraten, Genosse  
Zeitlin-Baturski. Seit den neunziger Jahren des vorigen Jahr-  
hunderts in der revolutionären Arbeiterbewegung tätig, mit den  
jahrhundertlichen Gefängnissen und sibirischen Verbannungsorten gut be-  
kannt, spielte Genosse Baturski eine hervorragende Rolle in der  
Arbeiterbewegung und Arbeiterversicherungs-Bewegung und war  
langjähriger Redakteur der Zeitschrift „Die Arbeiter-Veröffentli-  
chungen“. Eine Zeitschrift war er auch Mitglied des Zentralvorstandes  
der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Während der letzten zwei Jahre hielt sich Genosse Baturski vom  
politischen Leben fern und beschäftigte sich ausschließlich mit seinen  
wissenschaftlichen Arbeiten. Das hinderte jedoch die kommunistische  
politische Polizei nicht, ihn während der letzten Wahlen zum  
Sowjet zu verhaften und in den berüchtigten Witobsker Gefängnis-  
zelle zu werfen. Dort erkrankte er an Flecktyphus, wurde aber,  
trotz aller Bemühungen seiner Freunde und einer Reihe Betriebs-  
räte, erst dann (unter Fürsorge von Kommunisten!) in ein  
Spital gebracht, als die Krankheit einen sehr ersten Charakter  
angenommen hatte.

Am 5. Dezember starb er im Alter von 45 Jahren. Ueber 3000  
Arbeiter nahmen an dem Leichenbegängnis teil. Viele Betriebe  
strikten.

Landfriedensbruch. In dem Prozeß vor der Görlitzer Straf-  
kammer wegen Landfriedensbruchs in Verbindung mit den Vor-  
gängen in Homerswerda vom 16. April 1919 wurde heute das  
Urteil gefällt. Von den 33 Angeklagten wurden 23 des Land-  
friedensbruchs für schuldig erachtet, die übrigen 10 freigesprochen.  
Die Strafen bewegen sich zwischen zwei und neun Monaten Ge-  
fängnis.

# Inventur-Ausverkauf

## Billige Manufakturwaren

**Hemdentuch 10<sup>90</sup>**  
kräftige Qualität ..... Meter

Ein Posten **Dirnd'lstoffe 12<sup>90</sup>**  
entzückende Muster ..... Meter

**Elsasser-Velour 13<sup>50</sup>**  
sehr hübsche Muster ..... Meter

**Roh-Nessel 11<sup>90</sup>**  
ca. 80 cm breit, schwere Qualität ..... Meter

Ein Posten **Schotten 23<sup>50</sup>**  
für Blusen oder Kleider ..... Meter

**Elsasser Perkal 16<sup>80</sup>**  
für Oberhemden od. Blusen, vorzügl. Qualität Meter

**Renforce 14<sup>80</sup>**  
für Leibwäsche ..... Meter

Ein Posten **Kleiderstoffe 24<sup>50</sup>**  
für Kostüme od. Kleider, in verschiedenen Breiten. Meter

**Schürzenkretone 16<sup>90</sup>**  
bau-weiß gepunkt oder gestreift ..... Meter

**Madapolam 16<sup>75</sup>**  
elegante, weiche Qualität ..... Meter

**Louisiana 35<sup>90</sup>**  
Deckbettbreite, gute Qualität ..... Meter

**Bettbezugstoff 16<sup>90</sup>**  
geblümt, gute Qualität ..... Meter

Ein Posten **Anzugstoffe 23<sup>50</sup>**  
für Herren, dunkelgemustert, ca. 140 cm breit. Meter

**Damen-Hemd 22<sup>90</sup>**  
mit Langarmen ..... Meter

Ein Posten imprägnierte  
**Papierkragen**  
in vielen modernen Formen  
alle Welten. 12 Stück **175**

# JANDORF

Belle-Alliance-Str.  
Gr. Frankfurter Str.  
Brunnenstrasse  
Kottbuser Damm  
Wilmsdorfer Str.

### Theater und Vergnügungen

**Bolksbühne**  
Waltentins Tod

**Neues Volkstheater**  
Am Steinplatz 45B

**Staatstheater**  
Carmen

**Die Sterne**

**Kammerpiele**

**Neues Operettenhaus**

**Hu-Shi tanzi**

**Königgräber Str.**

**Komödienhaus**

**Berliner Theater**

**Die spanische Nachtigall**

**Tägl. Gr. Ball**

**Bruchhale Mi-Berlin**

**Gr. Ball**

**Gr. Ball**

**Theater am Kottbuser Tor**  
Abends 7 1/2 Uhr  
**Elite-Sänger**

**METROPOL**  
13 Schlager

**13 Schlager**

**Zur Aufführung am 16. 1. 1921**

**Bruno Schönant**

**Erlösung**

**Ein Weichspiel**

**Zu haben in allen Buchhandlungen oder direkt von**

**H. Seehof & Co., Verlag, Berlin 154**

**APOLLO**  
Das Publikum wird gefestigt

**Rose-Theater**

**E. Schneider Wibel**

**Reichel's**

**Magentropfen**

**Zu haben in allen Buchhandlungen oder direkt von**

**H. Seehof & Co., Verlag, Berlin 154**

### Kaffee

**Schokoladen-Preisabbau**

**Weinberg-Schokoladen und Cremestangen**

**Schokoladen-Honigluchsen**

**VERKAUF NUR AN WIEBERER'S KAFFEE u. Wirtschaftsgesellschaften**

**GERSON WECHSELMANN, Berlin W 9**

**Linkstraße 20 / Fernsprecher Hollendorf 878**

### Läuse-Plage

**Keine Frau**

**Frau V. Koopmann, Berlin 218**

### Deutscher Metallarbeiter-Verein

**Todesanzeige**

**Karl Salzmann**

**Paul Rieger**

**Nachruf**

**Richard Dorow**

**Cherchestr. 12, am 29. Dezember 1920**

### Bei Husten

**Brust-Tee**

**Dr. Wegscheiders**

### Möbel

**GREBLER**

### Gewerkschaftsangelegter

**Briefmarken :: Münzen**

**kauf Großmann, Johannesstr. 4**

**Lanolin- u. Badeseife**

## Ausverkauf

nach beendeter Inventur. **Alles unter Preis.**

Herren-Ülster	M 590, 375, 285	Winterjoppen	in schwerer Ware M 150
Herren-Paletots	M 590, 490, 375	Bozener Mäntel	für Herren und Jugendliche M 150
Herren-Anzüge	M 590, 325, 245	Jünglings-Ülster	M 350, 275, 200
Herren-Hosen	M 170, 120, 90, 65	Knaben-Ülster	M 140, 125, 75
Sportpelze	mit echt engl. Bezügen M 2300, 1800	Knaben-Anzüge	M 140, 125, 85
Jackets u. Westen	Gr. 42-48 M 250	Schüler-Anzüge	M 215, 150
Gummimäntel	in bester Qualität M 475, 425	Knab.-Wasch-Anzüge	Größe 0 u. 1 M 30

Ein Post. Anzug- u. Hosenstoffe in guten, haltb. Härten Quall. M 55 M 75 M 90

**BaerSohn** Keine Filialen mehr

**Nur** Chaussee-Strasse 29-30 **Nur**

KON LINON

Die gute **MASSARY** Zigarette urteilen Sie selbst!

# MASSARY

BERLINS POPULÄRSTE ZIGARETTENMARKE!

# Groß-Berlin

## Verbands-Bildungskommission

Die Sitzung fällt in dieser Woche aus.

### Elternbeiträge

Sonntag, den 9. Januar, vormittags 10 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Breitestraße 8-9, Hof parterre, Eingang 6, Sitzung der Obleute der Distrikts-Elternbeiträge, auch die Orte, die jetzt Groß-Berlin angeschlossen sind, müssen vertreten sein. Parteimitgliedsbuch legitimiert. Verbands-Bildungskommission.

### Besserung der Kartoffelbelieferung Berlins

Die Kartoffelzufuhren für Berlin haben sich in den letzten Tagen infolge des anhaltend milden Wetters etwas verbessert. Immerhin ist es noch nicht möglich gewesen, allen Anforderungen zu genügen und so herrscht in einigen Stadtteilen noch immer Knappheit an Hackfrüchten. Der Magistrat hat keine Verfügung, Knappheit an Hackfrüchten. Der Magistrat hat keine Verfügung, Knappheit an Hackfrüchten. Der Magistrat hat keine Verfügung, Knappheit an Hackfrüchten.

### Aus den Verwaltungsbezirken

**Vierter Verwaltungsbezirk (Prenzlauer Tor).** Die Bezirksverordneten-Versammlung des Prenzlauer Torbezirks beschäftigte in ihrer ersten diesjährigen Sitzung geschäftsordnungsmäßig den bisherigen Vorstand für das kommende Jahr. Die Kommunisten hatten eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen vorbereitet, welche die Arbeitslosenfürsorge, Belieferung mit Nahrungsmitteln usw. betrafen. Anträge, deren Berechtigung an sich kein Mensch bestritt, die jedoch der Bezirk zwar beipflichtete, aber nicht lösen kann, da er ja so wenig wie die anderen Bezirke über Mittel dazu verfügt. Die Dringlichkeit der Anträge wurde von bürgerlicher Seite bestritten. Sie kommen geschäftsordnungsmäßig auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Zu Themen, wie in der Stadtverordnetenversammlung oder im Hälleschen Tor-Bezirk kam es aus Anlaß der Vertagung nicht. — Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Frage der Beschaffung von Räumen für das Bezirksamt. Hierüber berichtete der Genosse Böker. Von allen Projekten sind nur zwei übrig geblieben. Einmal die Büroräume der Brauerei Plessberg, deren Betrieb eingegangen ist, nachdem sie in den Besitz der Schultheiß-Brauerei kam. Diese Räume sind beschlagnahmt. Die Schultheiß-Brauerei hat aber gegen die Beschlagnahme Verwahrung eingelegt. Als weiteres Projekt kommt die Benutzung eines Schulneubaus in der Danziger Straße in Frage. Dieser Bau ist fernerzeit ohne besondere Bestimmung begonnen worden und blieb dann in der Kriegszeit zurück. Er soll eventuell zur Aufnahme des Sophien-Realgymnasiums dienen, für dessen Unterkunft nach Annahme der Bezirksverammlung aber anderweitig gesorgt ist. Beide Projekte gelten als Provisorien, das erste für längere, das letztere für längere Zeit. In beiden Fällen soll für Umbauten nichts verschwendet werden, damit nach Schaffung von endgültigen Räumlichkeiten die Bauschleifen ihrem ursprünglichen Zweck wiedergegeben werden können. — Die Versammlung wählte dann noch eine Kommission zur Herbeiführung einer gleichmäßigen Geschäftsordnung für die Bezirksversammlungen und eine Beschwerdekommision für das Wohnungsamt. Ebenso wurden Ausschüsse zur Vorbereitung der Wahlen der Ehrenämter des Bezirkes und zur Vorbereitung der Wahl der Bezirksamtsmitglieder eingesetzt. Die Abstimmung über den letzteren Ausschuh gab einen interessanten Einblick in die Majoritätsverhältnisse der Bezirksversammlung. Untere Genossen hatten einen Ausschuh von neun Mitgliedern vorgeschlagen. Die Versammlung beschloß mit einer Stimme Majorität einen 15 gliedrigen Ausschuh. Es kommt also auf jede Stimme an.

### Zwei der Bochumer Millionenräuber in Berlin verhaftet

Ein Millionenraub in der Bochumer Gegend, bei dem drei Ueberfallene ihr Leben verloren und 1.680.000 M. geraubt wurden, ist jetzt aufgeklärt. Beamte der Dienststelle A III der hiesigen Kriminalpolizei stießen bei der Fahndung auf Geldschleier auf zwei feingekleidete Männer, die verlockend große Summen deutschen Papiergeldes in ausländisches Papiergeld umzuwandeln, und nahmen sie fest. Die Verhafteten wiesen sich aus und leugneten jede Schiebung. Den Kriminaloberwachmeistern fiel es auf, daß jeder ungewöhnlich

viel Einmarschheine hatte. Zudem wies die Mundart der Beiden auf den rheinisch-westfälischen Industriebezirk hin, und so kam man auf den Bochumer Millionenraub. Aus der Anzeige erlah man, daß den Räubern eine große Menge Einmarschheine in die Hände gefallen waren. Wegen der Teilnahme an diesem schweren Raube wurden von der Bochumer Kriminalpolizei ein Chauffeur Henseler und dessen Bruder verhaftet. Die Kriminalbeamten trieben zunächst „Hagemoser“ so in die Enge, daß sie ihm endlich die Teilnahme an dem Raube auf den Kopf zusagen konnten. Er gestand denn auch ein, einer der gesuchten Räuber zu sein, und zwar ein Schlosser Heising aus Warendorf. Nach Heising legte auch „Helmbach“, der sich als ein 33 Jahre alter Montageschloßer Alex Alex aus der Hedwigstr. 30 zu Bochum entpuppte, ein Geständnis ab. Der eine hatte sich durch Krabben des Kopfhaares unkenntlich gemacht. Der andere hatte sich den Schnurrbart abgenommen und nur den Spitzbart stehen lassen, so daß man auch ihn nicht wiedererkannte. Außerdem hatten sich beide durch elegante Kleidung sehr „verfeinert“.

Nach dem Geständnis der Verhafteten kundschafften sie mit einem noch flüchtigen 32 Jahre alten Reisenden und Agenten Wilhelm Müller die Gelegenheit zu dem Ueberfall aus. Am hellen Nachmittage um 1 Uhr des 24. August v. J. fuhren die Räuber dem Geldwagen an die Seite und sprangen dann plötzlich ab. Heising fiel dem Pferde in die Äugel und schnitt die Stränge durch. Alex schlug die Scheibe des Wagenfensters ein, erhielt von einem der Insassen einen Schuß, der ihm in den Körper eindrang. Nachdem schon Henseler durch die eingeschlagene Scheibe in den Wagen hinein, löstete den Bureaovorsteher Friedrich Kesten und den Bureaubeamten Bachwinkel und verletzte den Buchhalter Koch durch einen Armschuh. Dann erschloß er hinterrücks auch den Kutscher Fritz Breudmann. Die Räuber brachten nun das Geld, 1.680.000 M., nach der Wohnung Müllers in Sicherheit. Henseler erhielt für sich und seinen Bruder 600.000 M. Müller, Heising und Alex teilten sich in die restliche Million, und verließen zusammen die Gegend. Ueber Rheinland, Hannover und Thüringen kamen sie nach Ostpreußen und von dort endlich nach Berlin. In vielen großen und kleineren Städten hielten sie sich auf, überall jedoch nur ein paar Tage. Seit sechs Wochen waren sie in Berlin, sie wechselten alle paar Tage ihren Aufenthalt in Privatlogis und Pensionen, weil sie stets fürchteten, daß ihnen die Kriminalpolizei auf der Spur sein könnte. Um für alle Fälle einen Schlupfwinkel zu haben, mieteten sie sich in Treptow eine Laube, in der sie sich auch einen scharfen Wochhund hielten. Um nicht allzuviel Geld bei sich zu haben, weil besonders die vielen kleinen Scheine lästig waren und aufpassen konnten, machte Müller den Vorschlag, daß jeder 150.000 M. in eine Blechdose tun sollte, die er dann irgendwo vergraben sollte. Wie die beiden Verhafteten behaupten, geschah das denn auch. Müller reiste auch mit der gestüllten Blechdose ab, lehrte aber nicht wieder nach Berlin zurück.

**Unterstellungen von Geldern für Kriegsverletzte.** Eine Lokal-Korrespondenz meldet, daß kommunistische Vertrauensleute in dem Lazarett Tempelhof Unterstellungen von Geldern, die für Weihnachtsspenden eingegangen waren, verübt hätten. Angeblich hätten gerade solche Kriegsverletzte, die mit der Auflösung des Lazarett einverstanden waren, von diesen Spenden nichts bekommen. Die Kranken schloßen Verdacht und verlangten von ihren „Vertrauensleuten“ eine Abrechnung über die eingelaufenen Spenden. Trotz wiederholter Aufforderung kamen die Vertrauensleute Raab und Weber diesem Verlangen nicht nach, sondern verschwanden unter Mitnahme von 6000 M. auf Nimmerwiedersehen, nachdem sie vorher noch die Listen über die eingegangenen Spenden vernichtet hatten. Die Lazarettverwaltung hat die Angelegenheit dem „Reichsbund der Kriegeschädigten“ übergeben, der eine Untersuchung der Angelegenheit in die Wege geleitet hat. Wir erwarten, daß diese Untersuchung die notwendige Aufklärung schaffen wird.

**Zu dem Fall in der Friedrichselder Straße.** Wir brachten in unserer gestrigen Morgenausgabe eine Meldung, wonach in der Friedrichselder Straße 15 ein 27jähriger Erich B. bei einem Einbruch ertrapt und von einem Beamten der Schutzpolizei niedergeschossen worden sei. Wie jetzt die Mutter des Erschossenen uns mitteilt, handelte es sich dabei nicht um einen Einbrecher. Wir geben nachstehend einige Angaben der Mutter des Erschossenen, die diese Sache auch dem Gericht übergeben wird, unter Vorbehalt wieder:

„Am Montag, den 1. Januar, begab ich mich mit meinem Sohn nach der Friedrichselder Straße 15 in die Wohnung meiner Mutter, um dort Sachen meines Vaters abzuholen, Zeugen dafür sind vorhanden. In dieser Wohnung bekam ich Streit mit meinem angehenden Schwiegersohn, der in Täuschlichkeiten ausartete. Mein Sohn Erich (es handelt sich nicht, wie im Polizeibericht angegeben, um einen 27jährigen Erich B., sondern um den 27jährigen Erich H.) verteidigte mich gegen den Angreifer und diese Szene erregte natürlich Alarm. Es erschienen drei Sicherheitsbeamte, die sofort ihre Schusswaffen bereit hielten. Ich erklärte

den Beamten, daß es sich um Familienstreitigkeiten handelte, vor allem möchten sie meinen mich verteidigenden Sohn Erich in Ruhe lassen, da er infolge einer erlittenen Verletzung im Felde sehr leicht erregbar sei. Es erschienen aber weitere drei Beamte und unter ihnen hat der Wachtmeister Hauf meinen Sohn Erich auf der Treppe niedergeschossen. Der Schuß ging durch das Bein und trat am Rücken wieder heraus. Ein anderer Beamter geriet mich gewaltsam aus der Wohnung meiner Mutter hinaus und schleifte mich die Treppen hinunter, trotz der Bitten meines Sohnes, der schwermühdet auf der Treppe lag. Ein Beamter schlug meinen Sohn derartig ins Gesicht, daß ihm das Blut aus der Nase floß. Der diensthabende Arzt von der Unfallstation Holzmarsstraße, Herr Dr. Samuel, wird besorgen können, daß ich meinen Sohn dort erst das Blut abgewischt habe. Die Beamten schleppten meinen Sohn trotz seiner schweren Wunde nach der Wache, während der Beamte, der mich verhaftet hatte, mich auf der Treppe wie auf der Straße wiederholt ins Gesicht schlug. Ebenso heftig wurde ich auf der Polizeiwache mißhandelt, so daß ich jetzt noch das Bein hüten muß. Meine Blase wurde mir buchstäblich in Fetzen vom Körper gerissen. Trotzdem höhere Beamte zugegen waren, wurde dem mißhandelnden Beamten kein Einhalt geboten. Für die Vorgänge auf der Wache kann ich noch einen Zeugen benennen, es war dort ein junger Mann anwesend aus der Fruchtstraße 40, bei seiner Pflegemutter, Frau Schreiber, wohnhaft.“

Wir haben schon wiederholt feststellen können, daß Beamte der Sicherheitspolizei sehr rask mit der Schusswaffe bei der Hand waren. Wenn die Angaben der Frau zutreffen, dann scheint auch in diesem Falle ein sehr rascher Waffengebrauch vorzuliegen. Da die Mutter des Erschossenen die Sache dem Gericht übergeben will, wird ja hoffentlich eine genaue Untersuchung dieses Falles erfolgen, so daß dann ein Urteil über das Verhalten der Polizeibeamten, auch was die von der Frau angeblich erlittenen Mißhandlungen betrifft, gefällt werden kann.

**Aus Not in den Tod.** Gestern nachmittags wurde am Plänterwald in der Nähe des Alten Tierhause durch Beamte des Reichswasserschutzregiments die Leiche des 45 Jahre alten Buchbinders Max K. aus der Bolliner Straße aus der Spree gelandet und nach der Halle des Neuen Friedhofes in der Kieselholzstraße gebracht. K. hat die Tat aus Not begangen.

**Mit vorgehaltener Pistole vergewaltigt** wurde gestern ein junges Mädchen im Treptower Park. Die 17jährige hatte mit ihrem Bräutigam in einem Saal in Treptow ein Vergnügen mitgemacht. In der ersten Stunde machte sich das Paar auf den Heimweg des Mädchens nach Reckow. Im Treptower Park setzte es sich für einen Augenblick auf eine Kubebank, da standen zwei unbekante Männer mit gezogener Pistole vor den erschrockenen jungen Leuten. Der eine gab sich für einen Kriminalbeamten aus und forderete den jungen Mann auf, ihm nach der Wache zu folgen. Der Bräutigam mußte, weil er den Schusswaffen gegenüber wehrlos war, folgen. Der falsche Beamte führte ihn auf verschiedenen Wegen in den Park und ließ ihn laufen. Unterdessen vergewaltigte der andere unter Todesdrohungen das junge Mädchen. In der Dunkelheit verschwanden die beiden Unholde.

**Ein geraubter Flüchtling.** Der aus dem Osten geflüchtete 35 Jahre alte Prediger Ernst Henne zeigte in dem Lokal in der Alten Schützenstraße 1 seine Brieftasche mit 15.000 Rubel Inhalt. Der 50 Jahre alte Paul Krawczak entriß Henne plötzlich das Geld und entfloß damit nach dem Rebenhause Nr. 2. Hier wurde er von einem Polizeibeamten festgenommen. Das geraubte Geld konnte dem Eigentümer zurückgegeben werden.

**Heischanmeldung.** Wer für die Zeit vom 17. Januar bis 13. Februar 1921 häßliche Fleischwaren beziehen will, muß sich in der Zeit vom 10. bis 13. Januar 1921 bei einem der zugelassenen Fleischverkäufer, deren Geschäft durch die bekannten Magazinsplakate kenntlich gemacht sind, unter Vorlegung der Lebensmittelkarte mit den Abschnitten 81-84 anmelden.

**Der Magistrat teilt mit:** In nächster Zeit wird versuchsweise bei einem Teil der häßlichen Fleischverkäufer, Pöckelfleisch zum Preise von 10,20 Mark für das Pfund (ohne Knochen) marktfrei zum Verkauf gelangen.

**Die Abstimmungslisten für die oberschlesischen Wahlen** werden für Groß-Berlin am 10. Januar abgeschlossen. Abstimmungsbechtigt sind alle im Abstimmungsgebiet gebürtigen Personen beiderlei Geschlechts, welche am 1. Januar 1921 das 20. Lebensjahr vollendet haben. Diejenigen, die ihre Meldung bisher unterlassen haben, haben sich bei der Bezirksgruppe der Bereinigten Verbände helmattreuer Oberschlesier, SW 11, Schönberger Str. 9, in der Nähe des Anhalter Bahnhofs, Fernruf: Kurfürst 2819, zu melden. Die Geschäftsräume der Bezirksgruppe sind bis auf weiteres ununterbrochen von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags geöffnet, und jede auf die Abstimmung bezügliche Auskunft wird bereitwillig erteilt.

# Ismer

## Erzählung von Julius Levin

(14. Fortsetzung.)

Zum zweiten Male kam Ismer zu sich als er in das Etappenlazarett eingeliefert war. Sein ganzer Körper schmerzte ihn. Aber er empfand es schon.

Der Arzt kam zur Visite und fragte, wie er sich fühlte.

Ismer war es eine Lust zu Boden. Er antwortete nicht.

Der Arzt, ein gutmütiger Mann, fragte nochmals: „Sind Sie noch so schwach?“ Ismer biß sich nur langsam ein „Ja“ los.

Wo es besonders fehlte?

Ismer schwieg darauf wieder.

Fünf Sekunden später fing er zu weinen an.

Der Arzt ging weiter, mit Kopfschütteln.

Die Wärter kümmerten sich um Ismer nicht besonders. Er schien im wesentlichen einem Heimatslazarett vorbehalten zu sein. In acht bis vierzehn Tagen würde man ihn transportieren können. Damit betrachtete man ihn als schon dem eigenen Bereich entfremdet. Er war zwar ein noch mittel-schwerer, aber nicht sonderlich aufregender Ismer.

Ismer selbst schloß die meiste Zeit.

Man brachte ihm eine Menge Karten, besonders von Marie, auch einige von Emilie. Er legte die Karten weg, da er glaubte, sie nicht lesen zu können, und ließ denn auch nicht lesen wollte. Zuweilen bekam er Lust zu lesen. Aber sie hielt nicht lange vor. Sobald er der Buchstaben wirklich ansichtig wurde, warf er die Karten fort, freilich nur so weit, daß er sie, wenn er wollte, wieder zusammenrücken konnte. Er spielte mit ihnen wie ein Kind und sah mit Genugtuung verschaffender Gleichgültigkeit, daß ihre Zahl anwuchs, wenn auch sein Spielen dadurch keine höhere Abwechslung erfuhr.

Diese Zeit, obwohl von körperlichen Schmerzen erfüllt, war eigentlich die glücklichste für Ismer. Seine Gedanken existierten zwar und drangen auf sein Bewußtsein ein, es war aber noch zu weich und nachgiebig, um sich von ihnen verwunden zu lassen.

An Emilie zu schreiben, das brachte er nicht fertig, ja nicht einmal die Bitte auszusprechen, daß jemand an seiner Statt ihr Nachricht gebe.

Wenn wieder einmal eine der nichtsagenden Karten ankam, die Emilies Schriftzeichen trugen, legte er sie zu den übrigen.

Wie er sich jetzt zum Gedenken an Emilie stellen sollte, das zu überlegen, ging noch über seine Kräfte. Aber er fühlte ein deutliches Unbehagen bei dem Gedanken, daß er der Beschäftigung mit ihr nicht dauernd aus dem Wege zu gehen imstande sein würde, und das Unbehagen nahm in dem Maße zu, in dem seine Kräfte wuchsen. Er fürchtete zuweilen seine Wiederherstellung mehr, als er sie herbeisehnte, denn er merkte, ihr Naken vertrieb ihm die Entschuldigung vor sich selbst, daß er Emilie von sich fernhielt. Solange er sich schwach fühlte, durfte er es vor sich selbst vertreten, daß er weder zu ihr zu kommen trachtete, noch etwas dazu tat, daß sie zu ihm kam. Die Schwäche gab ihm seine Stärke. Und je mehr die Schwäche abnahm, um so geringer wurde seine Stärke. Was sollte aus ihm werden, wenn er gesündete?

Daß der Frihe tot war, erschien ihm, Ismer, jetzt als eine wahre Bestrafung für die Sünde, die an ihm, Ismer, begangen war, und da er, Ismer, nur eine schwere Verwundung davongetragen hatte, schien sich der Schluß zu rechtfertigen, daß der Frihe im Schuldbuche der Gerechtigkeit erheblich schwerer belastet war.

Ismer war sich aber zuerst dunkel, dann immer klarer bewußt, daß die Genugtuung über diese Erkenntnis nicht sehr groß sein konnte. Denn, war der Frihe so sündhaft, wie es seine Bestrafung vermuten ließ, so war auch Emilie so schwer schuldig, daß sie sich nur durch ein volles Geständnis einigermaßen hätte reinigen können. Und würde seine Kraft ausreichen, ein solches Geständnis entgegenzunehmen? Eigentlich war es ganz überflüssig, daß Emilie noch etwas sagte. Sie war auch ein hartherziges Mensch, bei dem man auf Ergüsse selbst dann schwer rechnen konnte, wenn ihm das Wasser an das Herz stieg. Und Ismer wurde es ganz unerkündlich, wie er Emilie, deren bloßes Bild ihm jetzt das Viebesfieber durch den Leib jagte, verhöhen sollte. Zu einem solchen Gespräche brauchte man etwas mehr Kaltblütigkeit, als ihm zuweilen war, schon in gewöhnlichen Zeiten, geschweige denn gar jetzt, wo er dem Leben wie durch ein Wunder wiedergegeben war. Alle Räte und Entbehrungen, die Qualen seiner Verwundung und Behandlung schienen ihm ein Recht auf Entgelt zu verleihen, dessen wesentlichster Bestandteil Emilies Liebe sein mußte, wenn er nicht gar einzig und allein aus ihr bestand. Ismer überlegte sich,

daß er ihm entgegen mußte, wenn Emilie sich schuldig sprach und sich offen als ein ehrvergeßenes, ehrsüchtiges Weib hinstellte. Und, tat sie es nicht? ... Ja! ... Was war dann?

Hätte er es fertig gebracht, dieses Geschöpf wieder an sich zu ziehen, ohne jemals die Empfindung los werden zu können, daß eine unverschämte, verstockte Lügnerin in seinen Armen lag, und während sie sich ihm hingab, etwa daran dachte, wie schön es mit dem andern gewesen wäre? Manchem war Ismer sich selbst darüber nicht klar, ob Emilie niederträchtiger gewesen wäre, wenn sie den Frihen ganz vergessen, als wenn sie ihm wenigstens ein kleines Andenken bewahrt hätte.

Kameraden, die neben Ismer lagen, bekamen von ihren Familien Briefe, Karten, Liebesgaben. Einige hatten sogar schon Angehörige bei sich gesehen. Glückliche Leute!

Er lag da wie ein verlassener Hund, der sich seiner selbst schämt. Er mied nicht die Unterhaltung der Kameraden, aber er suchte sie auch nicht. Denn alle sprachen von den Eltern, Frauen, Kindern, Bräuten, Liebden, weiß der Himmel davon?, mit dem man in mehr oder minder zärtlicher Beziehung stehen konnte. Als man ihn einmal fragte, zu wem er denn gehörte, und er nicht ausweichen konnte, erzählte er halb mürrisch, halb hilflos, er habe eine Frau, die wäre aber krank und könnte deshalb nicht schreiben, geschweige denn gar zu ihm kommen.

Als dann wirklich einmal eine Karte von Emilie kam, kurz und nur von allgemeinstem Inhalte, und Ismer sie lesen mußte, war er noch gezwungen, so zu tun, wie wenn er sich freute, daß es bei Emilie schon besser zu gehen anfinge, und sie schon imstande wäre, ein paar Zeilen auf's Papier zu bringen, während sie bisher sich strengste Schonung hätte auflegen müssen. Und, um die Sache, die dem einen oder anderen etwas seltsam vorkam, glaubwürdiger zu machen, gab er noch, wie um seine Freude deutlicher kundzutun, von den Zigaretten, die er sich von seiner armen Lohnung abgespart hatte, an die anderen ab, die sie auf das Wohl und die baldige völlige Wiederherstellung der lieben Kranken aufbrauchten.

Wie wohl Emilie die Dinge auffaßte?

Wie mochte sie jetzt leben?

(Fortsetzung folgt.)

